

Rede des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Friedrich Merz MdB

36. Bundesparteitag der CDU

6. Mai 2024 in Berlin

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!!

Tagungspräsident/in

Sehr geehrte Gäste,

Exzellenzen,

vor allem aber:

Liebe Delegierte des 36. Bundesparteitages der CDU Deutschlands!

I. Wieder in Berlin

Noch einmal ein herzliches Willkommen in unserer Hauptstadt, herzlich willkommen in Berlin.

Zum siebten Mal in der Geschichte unserer Partei findet in dieser Woche wieder ein Bundesparteitag der CDU in Berlin statt.

Wir hatten in der Vergangenheit nicht immer die Freude, in Berlin zu sein und zugleich einen Regierenden Bürgermeister aus unseren Reihen in diesem Amt zu wissen. Das letzte Mal war es Eberhard Diepgen, vor über 30 Jahren.

Und deshalb macht es uns besonders stolz, dass wir in der Hauptstadt zu Gast sind und unser Tagungspräsident zugleich der Regierende Bürgermeister von Berlin ist.

Lieber Kai Wegner,

herzlichen Dank für die Gastfreundschaft hier in Berlin.

II. Weg der Erneuerung

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir haben diesen 36. Bundesparteitag unter das Leitmotiv gestellt: Gemeinsam Zukunft gewinnen.

Mit diesen drei Worten „Gemeinsam – Zukunft – Gewinnen“ geht unser Blick von diesem Parteitag aus nach vorn. Wir schließen morgen eine intensive Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm ab. Und ohne der morgigen Diskussion vorgreifen zu wollen: Der Prozess zur Erarbeitung dieses Programms war so intensiv, so breit, so gründlich und so tiefgehend, dass wir damit eine Basis schaffen, die uns selbstbewusst formulieren lässt: Mit diesem Programm sind wir bereit, sofort oder spätestens im Herbst des nächsten Jahres wieder Regierungsverantwortung für Deutschland zu übernehmen, denn liebe Freundinnen und Freunde: Deutschland kann es besser, aber damit das gelingt, muss Deutschland endlich wieder gut regiert werden.

Der Blick nach vorn erlaubt unser aber auch einen kurzen Blick zurück:

Wir können Wahlen gewinnen

Wir haben in den vergangenen zweieinhalb Jahren, seit der verlorenen Bundestagswahl 2021, gezeigt, dass wir genau das können: Gemeinsam gewinnen.

- Wir haben mit Daniel Günther die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein gewonnen.
- Wir haben mit Hendrik Wüst die Wahlen in Nordrhein-Westfalen gewonnen.
- Wir haben mit Kai Wegner die Wahlen in Berlin gewonnen.
- Und wir haben im letzten Jahr mit Boris Rhein die Wahlen in Hessen gewonnen.
- Schließlich und nicht zu vergessen: Wir haben eine Reihe von Kommunalwahlen gewonnen. So stellen wir die Oberbürgermeister und Bürgermeister in vielen Städten und Gemeinden in Deutschland. Lassen Sie mich stellvertretend für viele den Oberbürgermeister der Stadt Mannheim nennen, Christian Specht. Mit ihm haben wir

zum ersten Mal überhaupt nach dem zweiten Weltkrieg eine Oberbürgermeisterwahl in Mannheim gewonnen. Mit Katharina Pötter stellen wir die Oberbürgermeisterin in der Studentenstadt Osnabrück. Sie hat sich in der Stichwahl gegen eine Kandidatin der Grünen durchgesetzt. Anke Beilstein hat im November letzten Jahres im Landkreis Cochem-Zell bereits im ersten Wahlgang mit einer Mehrheit von fast zwei Dritteln der Stimmen gegen eine Kandidatin der SPD die Landratswahlen gewonnen. Und stellvertretend für die vielen Landkreise in Ostdeutschland nenne ich Christian Herrgott im Saale-Orla-Kreis, der sich in der Stichwahl gegen einen Kandidaten der AfD durchgesetzt hat.

Liebe Freundinnen und Freunde, wenn wir zusammenhalten und gute Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen, dann gewinnen wir Wahlen auf jeder politischen Ebene und gegen jede andere politische Partei!

CDU und CSU

Das sind Erfolge, die wir nur gemeinsam erzielen konnten, Erfolge, die wir erzielt haben als Christlich-Demokratische Union in den Ländern mit der jeweiligen Unterstützung aus der ganzen Partei.

Ich bin dankbar dafür, dass wir wieder ein so gutes Miteinander zwischen CDU und CSU pflegen. Wir arbeiten in unserer gemeinsamen Bundestagsfraktion vertrauensvoll zusammen. Stellvertretend für die CSU-Kolleginnen und Kollegen möchte ich Alexander Dobrindt nennen. Uns verbindet eine freundschaftliche Zusammenarbeit, die sich auf die ganze Bundestagsfraktion erstreckt.

Und das gleiche gilt für die beiden Vorsitzenden von CDU und CSU, für Markus Söder und mich, für die beiden Generalsekretäre Carsten Linnemann und Martin Huber, und für die beiden stellvertretenden Generalsekretärinnen Christina Stump und Tanja Schorer-Dremel. Wir alle wissen: Dieses Modell zweier selbständiger Parteien in einer gemeinsamen Bundestagsfraktion, nicht im Wettbewerb gegeneinander, sondern miteinander

und zueinander stehend auf der Grundlage eines gemeinsamen christlichen Menschenbildes und eines gemeinsamen Politikverständnisses, und doch zugleich die Breite und die Tiefe unseres Politikangebotes gegenseitig verstärkend, das ist ein Modell, um das uns viele politische Freunde in Europa und sogar viele politische Wettbewerber im eigenen Land einfach nur beneiden. Und weil diese Gemeinsamkeit seit Jahrzehnten die wesentliche Grundlage ausmacht für unsere politischen Erfolge, dürfen wir diese Gemeinsamkeit auch nie gefährden.

75 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Liebe Freundinnen und Freunde,

in wenigen Tagen, am 23. Mai 2024, jährt sich zum 75. Mal der Tag, an dem das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland im Parlamentarischen Rat verabschiedet wurde. Dieses Grundgesetz ist nicht nur die Geburtsurkunde unserer Bundesrepublik Deutschland; es ist die freiheitlichste und damit die beste Verfassung, die wir Deutsche in unserer Geschichte jemals hatten.

Und gerade weil an unserer Freiheit, an unseren Werten, an unserer Gesellschaft und nicht zuletzt auch an den politischen Institutionen unseres Landes in den letzten Jahren von Minderheiten, aber von verdammt lautstarken Minderheiten in unserem Land, immer mehr kritisiert, zum Teil einfach nur herumgenörgelt wird, sie von Linksradi-kalen ebenso wie von den Rechtsradikalen in unserem Land in ihrer demokratischen Legitimation aber auch ganz grundsätzlich in Frage gestellt werden, will ich es angesichts dieses Geburtstages am 23. Mai heute auch von dieser Stelle aus sagen, und ich bin mir sicher, ich darf in Ihrer aller Namen sprechen: Wir sind stolz auf dieses Grundgesetz, wir sind stolz auf unser Land, und wir sind zutiefst dankbar, dass uns diese Verfassung mehr als sieben Jahrzehnte ein Leben in Freiheit, im Frieden und im Wohlstand erlaubt hat.

Über 50 Jahre unionsgeführte Bundesregierungen

Von diesen 75 Jahren Bundesrepublik Deutschland haben wir Christdemokraten deutlich mehr als 50 Jahre in der Regierungsverantwortung für Deutschland gestanden. Es gibt keine zweite Partei, die das auch nur annähernd für sich in Anspruch nehmen kann. Die großen Richtungsentscheidungen für Deutschland verbinden sich fast ausnahmslos mit uns und mit unserer Regierungstätigkeit.

Wir waren in diesen 75 Jahren aber auch drei Mal in der Opposition. Das erste Mal 13 Jahre, das zweite Mal sieben Jahre. Wir wollen die Zeit in der Opposition jetzt erneut halbieren. Ich denke wir sind uns einig, aber vor allem wissen wir uns einig mit der überwältigenden Mehrheit in unserem Land: maximal vier Jahre Ampel sind genug für Deutschland. Jeder Tag früher, den dieses Schauspiel zu Ende geht, wäre ein guter Tag für unser Land.

Wir geben neue Antworten

Die verlorene Bundestagswahl 2021 war schmerzhaft aber der Gang in die Opposition hat uns auch die Zeit verschafft, die wir als Partei gebraucht haben.

Wir mussten uns wieder den ganz grundsätzlichen Fragen stellen. Und wir haben uns diesen Fragen gestellt:

Was ist christdemokratische Politik für dieses Jahrzehnt?

Wohin weisen unsere Prinzipien gegenüber den Herausforderungen der Gegenwart?

Was bedeuten uns heute die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität?

Wir haben uns diesen Fragen gestellt in dem Bewusstsein, dass die Zeit heute von uns andere Antworten verlangt als wir sie etwa zum Zeitpunkt der Verabschiedung unseres letzten Grundsatzprogrammes im Jahr 2007 noch geben konnten.

Zu dieser Zeit damals haben wir alle gehofft und fest daran geglaubt, dass wir in einer Zeit des dauerhaften Friedens und des weiteren Vormarsches von Demokratie und Marktwirtschaft, der Freiheit und der Menschenrechte leben. Keiner konnte oder wollte sich vorstellen, dass militärische Aggressionen und Terrorismus einmal wieder so aufleben könnten, dass die Zahl der autoritären Staatsführungen einmal wieder so zunehmen würde, wie wir dies seit einigen Jahren erleben.

Aber in einer solchen Welt leben wir heute, und diese Welt verlangt von uns als einer großen und traditionsreichen politischen Partei neue Antworten. Und diese Antworten müssen uns unterscheidbar machen von unseren politischen Wettbewerbern.

III. Politik für freie Menschen

Carsten Linnemann hat zu Beginn des Grundsatzprogrammprozesses davon gesprochen, dass wir wieder eine Erkennungsmelodie der CDU brauchen. Eine Erkennungsmelodie in Dur, nicht in Moll. Nicht voller Melancholie und nostalgischer Erinnerung. Sondern zuversichtlich, zukunftsgerichtet und selbstbewusst.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich schreibe in diesem Jahr auf meine Geburtstagsbriefe an die Kolleginnen und Kollegen in der Bundestagsfraktion ein Zitat des antiken griechischen Geschichtsschreibers Thukydides, der einmal gesagt hat: „Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit. Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut.“

Wir alle sehnen uns nach Freiheit, nach Frieden und Freiheit, ja, richtig, aber vor allem nach Freiheit. Denn Freiheit ist die Voraussetzung für den Frieden. Ohne Freiheit gibt es keinen Frieden, in der Ukraine nicht, im Mittleren und Nahen Osten nicht, nirgendwo auf der Welt, auch bei uns in Europa nicht, in Deutschland nicht und in keiner menschlichen Gemeinschaft. Freiheit ist das Wichtigste, das uns Menschen gegeben ist und

nicht genommen werden darf. Nur Freiheit garantiert die Unantastbarkeit der Würde eines jeden einzelnen Menschen, so, wie es im ersten Satz unseres Grundgesetzes steht.

Aber unsere Freiheit ist von so vielen Seiten so ernsthaft bedroht wie lange nicht mehr, und vor allem: Viele Menschen haben Angst, Angst vor Krieg, Angst vor Wohlstandsverlusten, Angst vor Altersarmut, Angst vor Gewalt und Übergriffen im ganz normalen Alltag. Alles das schreiben mir viele Menschen, darauf sprechen sie uns an.

Wir setzen dieser Angst und dieser Verzagtheit mit diesem Parteitag und unserem neuen Grundsatzprogramm ein Zeichen der Zuversicht und des Mutes entgegen.

Wir sagen den Menschen: Die Probleme unserer Zeit sind lösbar. Wir sagen es vor allem den jungen Menschen: Unser Land ist ein guter Platz für Euch. Ohne Zweifel, wir leben in einer Zeit multipler Krisen und großer Herausforderungen. Aber in unserem Land, und vor allem in den Menschen, die in unserem Land leben, steckt viel Kraft und eine hohe Leistungsbereitschaft, vorausgesetzt, wir ermutigen und ermuntern die Menschen, vorausgesetzt, wir sagen Ihnen, wo wir stehen und wohin wir unser Land in den nächsten Jahren führen wollen.

Wir wollen „In Freiheit leben.“ So soll der Titel unseres neuen Grundsatzprogramms lauten. Und wir wollen „Deutschland sicher in die Zukunft führen.“ So lautet der Untertitel. Das ist der Anspruch, den wir an uns selbst stellen, und das ist das Versprechen, das wir den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes geben wollen.

Wer sich den Entwurf dieses Grundsatzprogramms ansieht, die einzelnen Beschlüsse des CDU-Bundesvorstandes der letzten beiden Jahre zu einigen Themen der Tagespolitik, wer sich das alles anschaut, der wird einen Grundton, eine Grundmelodie unserer Politik erkennen. Den Geist, der unsere Politik trägt: Wir machen Politik für freiheitlich und verantwortungsvoll denkende und handelnde Menschen.

Ich sage bewusst nicht: Für die Freiheit allein. Ich sage: Für freiheitlich und verantwortungsvoll denkende und handelnde Menschen. Als Christdemokraten ging es uns immer und soll es uns immer um den Menschen gehen, um seine Freiheit, seine Freiheit in Verantwortung.

Wir glauben nicht an den Staat, der alles lösen kann und soll. Wir glauben an die Menschen. Wir denken vom einzelnen Menschen her, nicht vom Kollektiv. Das unterscheidet uns fundamental vor allem von Sozialdemokraten und Grünen. Und es gehört schon zu den parteipolitischen Kuriositäten unserer Zeit, dass die Partei, die in der Opposition am heftigsten gegen den Staat und seine Institutionen eingetreten ist, nämlich die Grünen, heute die Partei ist, die – einmal in den Staatsämtern angekommen – am heftigsten dafür eintritt, dass der Staat bis in den kleinsten Lebensbereich hinein alles regelt und übermäßig reguliert. Das sog. „Heizungsgesetz“ ist dafür der beste, wenn auch bei weitem nicht der einzige Beweis.

Eine Regierung, die so handelt, verliert in einer freiheitlichen und offenen Gesellschaft ganz zwangsläufig die Zustimmung seiner Bürgerinnen und Bürger.

Wir haben eine andere Vorstellung vom Verhältnis zwischen Staat und Bürger.

Wir sagen: So viel Regulierung wie nötig, und zugleich so viel Freiheit und Verantwortung für jeden einzelnen wie möglich.

Und wir wissen dabei auch: „Der Staat“ – das sind wir alle zusammen, einen anderen Staat gibt es nicht. Und genau deshalb müssen wir das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern neu justieren.

Wir haben uns die Zeit genommen, genau hinzusehen, genau hinzuhören, nicht nur in unsere Parteibasis hinein, sondern auch in das ganze Land hinein. Wir haben mit vielen Fachleuten und Experten gesprochen, die uns ihr Wissen und ihre Erfahrungen zur Verfügung gestellt haben.

Wir haben dabei eine weite Wegstrecke zurückgelegt. Und wir haben heute Antworten für unser Land. Und vor allem: Wir haben den Mut zu sagen, was jetzt und heute unverzichtbar notwendig ist und was im Sinne neuer Prioritäten zurückstehen muss.

IV. Neue Herausforderungen – neue Antworten der CDU

1. Die Sicherung der Freiheit und des Friedens

Liebe Freundinnen und Freunde, die CDU ist entstanden aus den traumatischen Erfahrungen zweier Weltkriege. Sie ist entstanden als Antwort auf das Versagen der bürgerlichen und zugleich weltanschaulich zerstrittenen Parteien der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Mit den Weichenstellungen unionsgeführter Bundesregierungen konnte Deutschland zurückkehren in die Völkergemeinschaft und seinerseits einen überragenden Beitrag für eine stabile politische Ordnung in Deutschland und in Europa nach dem zweiten Weltkrieg legen.

Genauso einen Beitrag für die politische Ordnung der Zukunft müssen wir auch in den vor uns liegenden Jahren wieder leisten. Es geht dabei um sehr grundsätzliche Dinge. Wir sind heute wieder Zeitzeugen von geradezu tektonischen Verschiebungen der politischen und ökonomischen Machtzentren auf der Welt.

Die Frage, die uns gestellt ist, und auf die unser Land eine Antwort finden muss, ist vordergründig ganz einfach: Wollen wir weiter handelndes Subjekt der Lebensgestaltung der Menschen in unserem Land bleiben, oder werden wir zum Objekt, ja zum Spielball, zur Verfügungsmasse anderer Staaten und Interessen, die uns als handelnden politischen Akteur auf der Welt nicht mehr ernst nehmen müssen.

Deshalb ist die wichtigste Aufgabe der vor uns liegenden Jahre, die Freiheit und mit der Freiheit den Frieden auf unserem europäischen Kontinent zu wahren und zu sichern.

Aber Frieden entsteht nicht allein durch Friedfertigkeit.

Nach der viele Jahre währenden Vernachlässigung unserer Streitkräfte, und daran waren wir nicht unbeteiligt, werden wir auf Dauer wieder mehr in die Fähigkeit, unser Land und das Bündnisgebiet der NATO zu verteidigen, investieren müssen. Wir können dabei nicht einmal so eben 100 Milliarden Euro mehr Schulden machen, das ganze „Sondervermögen für die Bundeswehr“ nennen, und dann in den gewohnten Gang der Dinge vor dem Krieg in der Ukraine zurückkehren. Es muss weitaus mehr geschehen als das.

„Die CDU ist die Partei der Zeitenwende“ – so schrieb eine der großen Tageszeitungen unseres Landes nach der Vorstellung unseres neuen Grundsatzprogrammes. Und genau diesen Anspruch wollen wir und müssen wir in den vor uns liegenden Jahren einlösen.

Wir können dabei auf umfassende historische Erfahrungen zurückblicken. Die Entscheidungen, die uns die Freiheit und den Frieden gesichert haben, die wir heute haben – Westbindung, Wiederbewaffnung, atomare Teilhabe –: Das waren zum beachtlichen Teil Entscheidungen, die zunächst auf große Skepsis und zum Teil auf harsche Ablehnung getroffen sind in unserer Bevölkerung, für die es unter den Parteien Streit und in der Bevölkerung keine Mehrheiten gab.

Aber wir waren auf der richtigen Seite der Geschichte. Wir waren zunächst nicht auf der Seite der Demoskopie. Aber wir haben die Mehrheiten für uns gewonnen und zwar mit unserer Überzeugungskraft und mit den Ergebnissen unserer Politik.

Das gleiche gilt für die innere Sicherheit. Äußere und innere Sicherheit gehen ohnehin immer mehr ineinander über und lassen sich kaum noch voneinander trennen. Und bei der äußeren und der inneren Sicherheit ist nun in der Tat der Staat gefordert. Die Gewährung von Sicherheit ist eine, wenn nicht die zentrale Aufgabe eines funktionierenden Staates. Wenn wir das Vertrauen der Menschen, die an unserem Staat zweifeln, und zwar nicht, weil sie unseren Staat im Grundsatz ablehnen, sondern weil sie ganz im Gegenteil

seine Funktionsdefizite sehen, wenn wir das Vertrauen dieser Menschen auf Dauer gewinnen und erhalten wollen, dann muss unser Staat in diesem innersten Kernbereich seiner Aufgaben besser funktionieren als dies gegenwärtig der Fall ist.

2. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist die Voraussetzung unserer freiheitlichen Ordnung.

Diesen Kernbestand seiner Aufgaben und viele weitere Aufgaben mehr kann unser Staat aber nur erfüllen, wenn er die notwendigen Mittel dafür zur Verfügung hat. Und diese notwendigen Mittel, landläufig auch Steuereinnahmen genannt, bekommt der Staat nur, wenn wir eine leistungsfähige Volkswirtschaft bleiben. Oder um es mit Ludwig Erhard zu sagen: „Die Wirtschaft ist das Primitivste, aber sie ist auch das Unentbehrlichste; erst auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft kann eine Gesellschaft ihre eigentlichen und letzten Ziele erfüllen.“

Wir haben uns daher – nicht zuletzt angesichts der widersprüchlichen Wirtschaftspolitik der noch amtierenden Bundesregierung – in den letzten beiden Jahren sowohl in der Partei als auch in der Bundestagsfraktion ausführlich mit den Fragen der Wirtschaftspolitik beschäftigt.

Uns besorgt, in welcher tiefe strukturelle Krise die deutsche Wirtschaft geraten ist. Das Vertrauen vieler Unternehmen in die Verlässlichkeit des deutschen Standorts ist in den letzten beiden Jahren massiv beschädigt worden. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland erwarten ebenso wie die Wirtschaft insgesamt von uns wieder eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die verlässlich ist und die vor allem die Fleißigen nicht bestraft, sondern belohnt.

Wir wollen auch nicht nur darüber sprechen, wie wir in den nächsten Jahren leben und arbeiten wollen, wir müssen auch darüber sprechen, wovon denn unser Land und vor allem zukünftige Generationen in Deutschland leben können. Auch das ist für uns Generationengerechtigkeit.

Wir wollen eine Agenda 2030 mit klaren Perspektiven für eine Volkswirtschaft, die Industriestandort bleiben soll und muss.

Wir widersprechen daher alle denjenigen, die in ihren Kreisen von „DeGrowth“ phantasieren oder von einem Schlaraffenland träumen, in dem höhere Löhne, mehr Freizeit und mehr Sicherheit gleichzeitig zu haben sind. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wir werden unseren Wohlstand, das Leistungsniveau unserer Sozialversicherungen und das notwendiger Sicherheitsversprechen unseres Staates nur halten und einhalten können, wenn wir diejenigen, die etwas leisten wollen, die vielleicht sogar mehr als andere leisten wollen und können, ermutigen dies zu tun und ihnen dafür auch – wie zum Beispiel die Steuerfreiheit von Überstunden oder einen Steuerfreibetrag in der Rente – auch etwas anbieten.

Wir nennen das alles Soziale Marktwirtschaft. Und genau diese marktwirtschaftliche Ordnung hat es überhaupt erst möglich gemacht, dass so viele Menschen wie nie zuvor in unserem Land, in Europa, auf der Welt in Freiheit und unter menschenwürdigen Bedingungen leben können.

3. Wende in der Sozialpolitik

Wir wissen auch: Gute Wirtschaftspolitik geht nur zusammen mit guter Sozialpolitik. Und es ist uns allen klar, dass es in der Sozialpolitik genauso eine Wende braucht wie in der Wirtschaftspolitik. Und auch hier haben wir in den vergangenen zwei Jahren unsere Arbeit getan, Ideen diskutiert, politische Vorschläge unterbreitet.

Um es sehr klar und deutlich zu sagen: Wir wollen das sog. „Bürgergeld“ der Ampel in dieser Form wieder abschaffen. Schon der Name klingt viel zu sehr nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, und so wird es von vielen ja auch verstanden. Wir wollen stattdessen eine neue Grundsicherung, die denen hilft, die Hilfe wirklich benötigen, die

aber auch Anreize und Ermutigung schafft für diejenigen, die in den Arbeitsmarkt zurückkehren können.

Bei der Vorstellung unseres Papiers der Neuen Grundsicherung hat Karl-Josef Laumann einen klugen Satz gesagt: Wir müssen „mit Bedacht und Maß Solidarität und Eigenverantwortung neu justieren“.

Neujustieren, genauso ist es gemeint, denn da ist den vergangenen Jahren einiges aus dem Lot geraten. Gute Sozialpolitik ist Sozialpolitik, die Menschen zur Selbstverantwortung befähigt und das heißt ganz wesentlich auch: in Arbeit bringt. Das ist kein „Angriff auf den Sozialstaat“, das ist nicht „Sozialabbau“, unsere Vorschläge sind überhaupt erst die Voraussetzung dafür, dass unser Sozialstaat weiter funktionieren kann.

Mein besonderer Dank geht an dieser Stelle übrigens an Gitta Connemann und Karl-Josef Laumann. Für Eure Zusammenarbeit in der Sache, für Euren Einsatz.

Und wir werden uns von unseren parteipolitischen Gegnern in dieser Frage wie in vielen anderen auch nicht einschüchtern lassen. Keine zweite Partei in Deutschland kann auf eine so lange Geschichte in der Sozialpolitik zurückgreifen wie wir. Eine gerechte Sozialordnung war immer und bleibt auch immer ganz selbstverständlich ein Markenzeichen der CDU. Ich erinnere nur daran, dass wir es waren, die – wie in der Außen- und Sicherheitspolitik – die Grundentscheidungen in unserem Land durchgesetzt haben.

- Kinderfreibetrag. Das waren wir. 1949
- Kündigungsschutz – das waren wir! 1951!
- Kindergeld. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.
- Wohngeld. Erziehungsgeld. Erziehungsurlaub. Nicht SPD. Wir!
- Erster Mindestlohn: Wir.
- Elterngeld: Wir.

4. Ökologische Sicherheit schaffen

Auch die Weichenstellungen in der Klimapolitik sind davon abhängig, dass wir das als Volkswirtschaft alles leisten können und vor allem, dass die Menschen in Deutschland diesen Weg mitgehen. Und in der Umweltpolitik brauchen wir uns ebenfalls von der Ampel keine Belehrungen erteilen lassen. Die großen umwelt- und klimapolitischen Weichenstellungen, die es in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten gab, tragen ebenfalls unsere Handschrift:

- Wir haben das Bundesministerium für Umwelt und Naturschutz eingerichtet.
- Wir sind Erfinder der Kreislaufwirtschaft.
- Und die Soziale Marktwirtschaft ist ein Modell auch für die große Aufgabe, unser Leben und Wirtschaften klimaneutral und umweltfreundlich zu gestalten.

Wir sagen seit dem letzten Jahr aber auch und immer wieder: Wir denken Wirtschaftspolitik, Energiepolitik und Klimaschutz zusammen, wir betrachten diese Themen als Einheit und nicht als Gegensätze.

Den Folgen des Klimawandels begegnen wir ja auch nicht nur weit entfernt irgendwo in der Welt. Wir begegnen dem Klimawandel und seinen Folgen jeden Tag auch bei uns im Land. Bei mir zu Hause und in vielen anderen Teilen des Landes ist es der Borkenkäfer, der sich durch Trockenheit und hohe Temperaturen ausbreiten kann und unsere Wälder stark beschädigt; wir sehen Starkregen und Überschwemmungen in Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen oder in Sachsen-Anhalt, vor drei Jahren die Überschwemmungen an der Ahr und in vielen weiteren Regionen unseres Landes mit geradezu katastrophalen Auswirkungen und insgesamt über 180 Toten. Auf diesen Klimawandel müssen wir eine Antwort haben. Wir haben diese Antwort mit einem umfassenden wirtschaftspolitischen, energiepolitischen und umweltpolitischen Konzept, das wiederum den Betrieben und den privaten Haushalten vernünftige Anreize gibt, das Richtige zu tun.

Unsere Politik ist das Gegenteil von dem, was die Ampel versucht durchzusetzen, sie ist vor allem das Gegenteil dessen, was die Grünen in der Umweltpolitik wollen und tun.

Wir wollen nicht regulieren, dirigieren, bevormunden und von oben herab den Menschen sagen, was gut für sie ist. Wir wollen gute Rahmenbedingungen schaffen, Ziele formulieren, Grenzwerte festlegen, aber es dann den Ingenieuren, den Erfindern, den Unternehmerinnen und den Unternehmen und den Forschungseinrichtungen überlassen, wie wir gemeinsam diese Ziele erreichen.

Und eigentlich müsste es doch mittlerweile auch der Ampel auffallen, dass kein Land auf der Welt den Weg gehen will, den Deutschland nach dem Willen der Regierung gehen soll. Deutschland ist auf der Welt mittlerweile der klimapolitische Geisterfahrer, und wir werden diese Geisterfahrt spätestens im nächsten Jahr beenden!

5. Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Wenn wir Veränderungen und einen neuen Aufbruch in unserem Land wollen, dann brauchen wir dazu auch ein politisches, vor allem ein gesellschaftspolitisches Klima, das diese Veränderungen und diesen Aufbruch ermöglicht. Wir brauchen ein Klima des guten Miteinanders, ein Klima der Mitmenschlichkeit, ein Klima der Rücksichtnahme und des Respekts.

Die Wirklichkeit in unserem Land sieht gegenwärtig leider in vielen Bereichen ganz anders aus.

Die gesellschaftspolitischen Konflikte nehmen eher zu, sie sind zum einen der Ausdruck von Unsicherheiten und Überforderung, sie sind aber auch Ausdruck von zunehmender Intoleranz, ja geradezu des Hasses und der Gewaltbereitschaft.

Diesen gesellschaftspolitischen Entwicklungen müssen wir dort, wo es notwendig ist, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln begegnen. Und das gilt auch für die Behinderung und die Nötigung von Politikerinnen und Politikern in unserem Land, ganz gleich welcher Partei sie angehören. Das, was in der letzten Woche der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Karin Göring-Eckhardt widerfahren ist, das, was am Wochenende beim

Plakate aufhängen in Dresden oder gar dem sächsischen Europakandidaten der SPD in Dresden widerfahren ist, das ist absolut inakzeptabel, ganz egal aus welcher Richtung solche Angriffe kommen. Das sind Angriffe auf unseren Rechtsstaat und auf unsere Demokratie insgesamt, denen wir von Anfang an entschieden entgegenzutreten müssen.

Und dass in Deutschland – wie in den letzten Tagen in zahlreichen Städten geschehen – offen für die Errichtung eines Kalifatstaates aufgerufen wird, ist ebenfalls vollkommen inakzeptabel. Wir fordern die Bundesregierung, vor allem die Bundesinnenministerin auf, gegen die Organisationen und Personen, die dies zu verantworten haben, jetzt endlich konsequent vorzugehen.

Wir alle müssen uns heute zu Recht sagen und sagen lassen, dass wir den Rechtsextremismus in Deutschland jahrelang unterschätzt haben. Und zahlreiche Menschen in Deutschland haben diese politische Fehleinschätzung mit ihrem Leben bezahlt, mit Walter Lübke aus Kassel auch einer aus unseren eigenen Reihen.

Wir sollten aufpassen, denselben Fehler nunmehr nicht gegenüber den Repräsentanten und den Rädelsführern des politischen Islam zu wiederholen, die uns unverhohlen drohen und nicht bereit sind, die Regeln unseres Landes und eines friedlichen Miteinanders in Deutschland zu akzeptieren.

Wer den innenpolitischen Frieden in unserem Land will, der muss diesen Gruppierungen in aller Klarheit die Grenzen aufzeigen und darf nicht zulassen, dass in den Schulen, den Universitäten oder wo auch immer ein Klima der Intoleranz und der Respektlosigkeit entsteht, das es uns auf Dauer unmöglich macht, in unserem Land friedlich und tolerant zusammenzuleben.

Und umgekehrt müssen wir alle diejenigen, die – ganz gleich welcher religiösen Zugehörigkeit – in den letzten Jahren zu uns gekommen sind oder die schon in zweiter, dritter oder gar vierter Generation in Deutschland leben und zu großen Teilen deutsche

Staatsangehörige sind, ermutigen und stärken in ihrem Engagement für Toleranz, Respekt und ein gutes Miteinander in Deutschland.

Denn wir wissen: Wir können Gemeinschaft nicht verordnen. Gemeinsinn und gesellschaftlicher Zusammenhalt müssen von innen heraus in einer Gesellschaft gewollt und gelebt werden. Wir müssen einander schützen, ja auch gerade Minderheiten schützen, und auch das geht nur aus der politischen Mitte heraus und nicht von den Rändern. In der Politik können und müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Quellen von Gemeinschaft in diesem Land gestärkt werden, und damit der soziale Zusammenhalt, den jede Gesellschaft braucht.

Deshalb fragen wir uns: Was hält unser Land im Innersten eigentlich zusammen? Im neuen Grundsatzprogramm geben wir darauf drei Antworten:

Was uns zusammenhält, das ist unsere gemeinsame Geschichte und Kultur.

Was uns zusammenhält, das sind die Familien, in denen Werte vermittelt werden, Regeln des Miteinanders und Verständnis zwischen den Generationen gelernt wird.

Wir akzeptieren deshalb auch nicht, wenn sich Teile der Medien oder der politischen Konkurrenz von oben herab über den ländlichen Raum äußern. Wir stehen als Volkspartei für die Breite der Gesellschaft, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Religion, Bildung und Beruf. Der Handwerker oder der Industriearbeiter trifft in der CDU auf ein ebenso herzliches Willkommen wie der mittelständische Unternehmer oder der Professor - und wir schlagen auch die Brücke zwischen unseren Städten und dem ländlichen Raum. Beide haben ihre jeweils eigenen Vorzüge - und in beiden kann man sein Glück finden.

Was uns zusammenhält, das sind vor allem die vielen Menschen in unserem Land, die sich ehrenamtlich engagieren - nach Feierabend, am Wochenende, in den Sportvereinen, in Chören und Musikvereinen, in den Schützenvereinen, in Nachbarschaftsinitiativen.

Diese Antworten zeigen uns, was wir tun können:

- Wir können das Ehrenamt stärken.
- Wir können die Familien stärken.
- Und wir können ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr einführen, das allen jungen Menschen, jungen Frauen wie jungen Männern, ermöglicht, über den Tellerrand ihres bisherigen sozialen Umfelds hinauszuschauen, Erfahrungen in ganz anderen Bereichen des Lebens zu machen und dem Land, das ihnen so viele Möglichkeiten wie nie zuvor eröffnet, auch etwas zu geben.

Deutschland ist ein Einwanderungsland, seit Jahrzehnten. Und wir sind aus Gründen des demographischen Wandels auf Fachkräftezuwanderung in Zukunft angewiesen.

Das heißt auch: Unsere Gesellschaft ist vielfältig. Die Lebensstilvielfalt wird größer. Das ist eine Konsequenz der Zeit, in der wir leben, eine Konsequenz der Globalisierung, und am Ende: eine Folge des Lebens in Freiheit.

Norbert Lammert hat in seiner Rede zum 30-jährigen Bestehen der Deutschen Nationalstiftung im vergangenen Jahr zu unserer Gesellschaft, so, wie sie heute ist, einen wichtigen Satz gesagt: „Ohne Gemeinsamkeiten erträgt keine Gesellschaft Vielfalt.“

Das ist ein sehr wahrer Satz. Und diese Wahrheit fordert etwas von uns, nämlich das unbedingte Eintreten für unsere Werte, für unsere Kultur und für unsere Geschichte, mit allen ihren Höhen und Tiefen.

Einwanderung kann eine Bereicherung für die ganze Gesellschaft sein. Und wir brauchen Einwanderung natürlich auch für unseren Arbeitsmarkt. Das kann niemand ernsthaft bestreiten. Aber gerade deshalb müssen wir die Einwanderungspolitik endlich wieder anpassen an die Notwendigkeiten und an die Fähigkeit zur Integration in unsere Gesellschaft. Seit längerem schon überfordert die irreguläre Einwanderung nach Deutschland unsere Integrationsfähigkeit. Das gilt für die Städte und Gemeinden, das gilt für den

Wohnungsmarkt, das gilt vor allem für die Schulen und die Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Das kann und darf so nicht weitergehen. Und deshalb machen wir der Bundesregierung immer wieder Vorschläge, wie wir dieses Problem denn am besten und am besten gemeinsam lösen können.

Neben diesen sehr konkreten Maßnahmen müssen wir uns als Gesellschaft aber auch wieder stärker besinnen auf das, was uns vereint, was uns gemeinsam ist, was über Gesetzestexte und über den reinen Wortlaut des Grundgesetzes hinausgeht: Das sind unsere Wertevorstellungen im Alltag, das sind auch unsere Traditionen und unsere Gepflogenheiten des Miteinanders.

Schon lange vor uns haben andere, wie zum Beispiel der Islamforscher Bassam Tibi oder der langjährige Chefredakteur und Herausgeber der Wochenzeitschrift DIE ZEIT Theo Sommer dies „Leitkultur“ genannt. Sie finden diesen Begriff auch wieder in unserem Grundsatzprogramm.

Und liebe Freundinnen und Freunde, wir stehen dazu, dies so zu nennen. Der Begriff grenzt nicht aus, sondern ist eine allumfassende Klammer um unsere Gesellschaft in ihrer ganzen Vielfältigkeit, die einem beständigen Wandel unterworfen ist, ja natürlich, in der es aber eine Reihe von Konstanten gibt, die für uns nicht verhandelbar sind.

Nicht verhandelbar ist für uns an erster Stelle unser Bewusstsein um die Verantwortung, die sich aus der deutschen Geschichte ergibt gegenüber Jüdinnen und Juden, die hier bei uns Deutschland leben, und gegenüber dem Staat Israel.

Und lassen Sie mich in diesem Zusammenhang sagen: Es macht mich stolz, dass unsere Partei wie keine andere Partei in diesem Land geschlossen Gesicht zeigt gegen Antisemitismus, den wir auch auf deutschen Straßen seit dem 7. Oktober wieder verstärkt erleben.

Zwei Wochen nach dem grauenvollen Angriff auf Israel fand in Braunschweig der Deutschlandtag der JU statt. Lieber Johannes Winkel, ihr habt keinen Moment gezögert, Initiative zu zeigen, Gesicht zu zeigen. Ihr habt den israelischen Botschafter Ron Prosor eingeladen, zu sprechen. Das hat er mit einer bewegenden Rede getan. Und diese Veranstaltung ist ein echter Ausweis Eurer Arbeit als JU geworden und ich möchte Dir, Johannes, dafür herzlich danken.

V. Deutschland braucht Europa, Europa braucht uns

Und so stehen wir heute nur noch wenige Wochen vor der Europawahl. Ich habe in anderem Zusammenhang schon von unseren historischen Erfahrungen gesprochen. Ich möchte es auch in diesem Zusammenhang noch einmal sagen: Keine Partei in Deutschland, ja keine Partei in ganz Europa ist so sehr mit dem Projekt Europa verbunden wie wir.

Aber auch historische Verdienste werden irgendwann zum Alltag der Menschen, ja, sie verblassen, wenn andere Dinge eine größere Bedeutung bekommen. Diese Europäische Union steht heute nicht da, wo sie stehen sollte. Ja, die Europäische Union hat sich immer wieder in der Krise bewährt. Das galt für die Corona-Krise ebenso wie für die Unterstützung der Ukraine. Wir verdanken es insbesondere Ursula von der Leyen, dass Europa, dass die Europäische Union beide Herausforderungen mit weitgehender Geschlossenheit und Einigkeit bewältigt hat, auch wenn wir für die Ukraine und auch unsere eigene Sicherheit noch sehr viel tun müssen. In den Augen der Bevölkerung fällt das Urteil über die EU allerdings auch sehr viel kritischer aus. Die EU wird neben allen Verdiensten angesehen als eine Institution, die im Kleinen zu viel regelt und im Großen zu wenig erreicht.

Das muss sich in den vor uns liegenden Jahren grundlegend ändern. Ich weiß, dass Ursula von der Leyen dies genauso sieht und sie deshalb ihr Augenmerk nicht allein auf den Green Deal legt, so notwendig er ist, sondern auch und jetzt vor allem auf die

Sicherheitspolitik im umfassenden Sinne und auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie.

„Freiheit“ – „Sicherheit“ – „Wohlstand“ mit diesen drei Versprechen gehen wir den Europawahlkampf, und genau darum wird es in den vor uns liegenden Jahren gehen.

Die Generation, die Europa aus Kriegen und Zerstörung hat entstehen sehen, verlässt uns nach und nach. Und wir dürfen nicht zulassen, dass wir damit auch das Wissen darüber verlieren, dass Europa – so hat es Helmut Kohl einmal prägnant gesagt – „eine Sache der Vernunft“ ist, aber genauso eine Sache „die Leidenschaft braucht“.

Genauso ist es, und das gilt insbesondere heute, in Zeiten geopolitischer Kräfteverschiebungen, in Zeiten eines russischen Imperialismus, in Zeiten einer überaus selbstbewusst auftretenden Volksrepublik China, die ganz unverhohlen ökonomisch und politisch die führende Supermacht der Welt werden will, in Zeiten verschärften Wettbewerbsdrucks auf den globalen Märkten und vor allem in einer Zeit, in der das normative Projekt des freien und demokratischen „Westens“ immer mehr in Frage gestellt wird, von innen und von außen.

Liebe Freundinnen und Freunde, in diesen stürmischen Zeiten ist dieses europäische Bündnis, das eben nicht nur auf Interessen beruht, sondern auch auf geteilten Werten, eine Zukunftsversicherung, deren Wert wir gar nicht überschätzen können.

Wolfgang Schäuble war einer der großen Europäer unserer Partei, einer der Generation, die Europa hat entstehen sehen und mitgestaltet hat. Wolfgang Schäuble hat auf dem CDU-Parteitag 2011 die Frage gestellt: „Wozu brauchen wir ein starkes handlungsfähiges Europa?“

Und seine Antwort war: „In einer globalisierten Welt brauchen wir ein starkes handlungsfähiges Europa, damit wir unsere Vorstellungen, wie sich die Welt entwickeln soll und wie sie sich nicht entwickeln soll, verwirklichen können.“

Und wenn wir genau aus diesem Grund auch heute und in Zukunft ein starkes und handlungsfähiges Europa wollen, dann müssen Deutschland und Frankreich wieder enger und vertrauensvoller zusammenarbeiten.

Gegenwärtig sind die deutsch-französischen Beziehungen so schlecht wie seit Jahrzehnten nicht. Das ist für Deutschland schlecht, das ist für Europa schlecht und die Sensibilität dafür ist wohl nirgendwo so groß wie in unserer Partei, die von Beginn an die Partei der deutsch-französischen Freundschaft war. Wir werden diese verlässliche Freundschaft mit Frankreich wieder herstellen, und wir werden auch im Weimarer Dreieck mit Polen und seiner neuen Regierung den engen europäischen Schulterschluss suchen.

Liebe Freundinnen und Freunde, Deutschland Ansehen in Europa und in der Welt zurückzugewinnen, Führungsstärke zurückzugewinnen: Das wird eine zentrale Aufgabe für uns sein, wenn wir wieder in der Regierungsverantwortung sind.

Und gleichzeitig müssen wir jetzt, heute, dafür Sorge tragen, dass im Europäischen Parlament der Zusammenhalt der christdemokratischen und der konservativen Parteien so stark ist wie irgend möglich, damit dieses Europa, ja unser Europa zukunftsfähig wird.

Und es ist darum ein Glücksfall für uns, dass wir in diese Europa-Wahlkampf gehen mit einer Spitzenkandidatin, mit Ursula von der Leyen, die Europa als Kommissionspräsidentin durch diese letzten Jahre der Krisen, der großen Krisen, geführt hat: mit Weitsicht, mit Beharrlichkeit, mit Entschlossenheit.

Ich muss Sie nicht daran erinnern: Diese Europawahl ist die erste Europawahl seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine. In Europa, weniger als zweitausend Kilometer von hier entfernt, kämpfen Ukrainerinnen und Ukrainer mit ihrem Leben für genau das, was wir hier in der Europäischen Union so selbstverständlich haben: Freiheit, Frieden,

Sicherheit. Und sie kämpfen dabei auch für unsere Freiheit. Putin hat keinerlei Hehl daraus gemacht, dass Europa, das freie Europa, für ihn der historische Feind ist.

VI. Abgrenzung AfD

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu beschämend für uns, dass in ganz Europa und auch in Deutschland Parteien an Boden gewinnen, die diese zerstörerische Kraft, die uns von außen begegnet, von innen her unterstützen. Es sind Parteien wie die AfD, die viele unserer Werte, aber auch unser Europa ablehnen, verspotten und von innen zerstören wollen. Und wir wissen nicht erst seit zwei Wochen, dass sie es mit ideeller und mit finanzieller Schützenhilfe durch Putins Russland tun.

Gegen diese Entwicklung der Radikalisierung, gegen dieses Lächerlichmachen unserer höchsten Prinzipien, müssen wir uns mit aller Kraft zur Wehr setzen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass das Friedensprojekt Europa Schaden nimmt.

Wir dürfen nicht zulassen, dass in Deutschland rassistische, antisemitische, chauvinistische, homophobe und jeder Hinsicht menschenverachtende Parolen das Meinungsklima vergiften.

Wir dürfen nicht zulassen, dass im Deutschen Bundestag, im Europäischen Parlament, in den Landtagen und in den Gemeindevertretungen, dass auf den deutschen Straßen und Plätzen unsere Demokratie verhöhnt wird.

Und wir dürfen nicht zulassen, dass die großen Errungenschaften für Freiheit und Frieden der letzten Jahrzehnte Schaden nehmen durch Populisten, die zurückwollen in die Zeiten, in denen Politik Kampf und Krieg zwischen Völkern und Nationalstaaten war.

Diese Aufgabe stellt sich uns allen. Und sie stellt sich uns als Aufgabe guter, verlässlicher, überzeugender demokratischer Politik.

Wir alle – und ich meine hier: alle demokratischen Parteien – müssen uns die Frage gefallen lassen, warum wir an Vertrauen verloren haben. Denn das ist der Nährboden von extremistischen Parteien, der Nährboden der AfD: Nicht die eigene Überzeugungskraft, nicht die eigenen Inhalte. Sondern Enttäuschung, mangelndes Vertrauen in die demokratischen Parteien.

Dieses verlorengegangene Vertrauen gewinnen wir nur zurück, wenn wir Lösungen anbieten, wenn wir die Probleme unseres Landes und der Europäischen Union wirklich lösen und wenn wir keinen Zweifel daran lassen, dass wir mit den Parteien des linken Populismus genauso wenig zusammenarbeiten wie mit den Parteien des Rechtspopulismus.

VII. Wahlen

Liebe Freundinnen und Freunde: So, wie wir heute aus der Rückschau auf die letzten 10 Jahre wissen, welche richtigen Entscheidungen wir getroffen und welchen Fehleinschätzungen wir aufgesessen sind, so werden wir und unsere Entscheidungen in diesen Monaten eines Tages aus der Rückschau beurteilt werden. Heute steht aber zu viel auf dem Spiel, als dass wir noch einmal nachlässig sein dürfen oder Fehler gar wiederholen dürfen.

Wir werden gemessen werden an der Frage: Sind wir unserer Verantwortung gerecht geworden als Partei? Haben wir dafür Sorge getragen, dass Freiheit, Demokratie und Wohlstand in unserem Land erhalten bleiben?

Die Menschen in unserem Land trauen uns in großer Zahl wieder zu, die vielen Zukunftsaufgaben zu lösen, die wir als Land jetzt lösen müssen. Das zeigen unsere jüngsten

Wahlsiege in Bayern, in Hessen und in Berlin; das zeigen die Umfragen; das erlebe ich, dass erleben wir täglich in Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Das kann uns einigermaßen stolz machen auf unsere Leistung der vergangenen zwei Jahre. Das ist ein Grund zur Zuversicht. Aber das ist kein Grund, jetzt die Hände in den Schoß zu legen.

Mit den Europawahlen stehen in 8 Ländern Kommunalwahlen an und in Thüringen die Stichwahlen der Kommunalwahlen. Dann folgen in Thüringen, in Sachsen und in Brandenburg die Landtagswahlen an. Vor allem die Landtagswahlen werden für uns kein Spaziergang. Wir werden kämpfen um die Mehrheit, um Platz 1. Und in diesen Wahlkämpfen werden wir uns vor allem mit der AfD auseinandersetzen. So haben wir das im Bundesvorstand der CDU zum Jahresbeginn beschlossen, wir nehmen den Kampf auf mit dieser Partei. Und deshalb will ich auch von dieser Stelle aus noch einmal Mario Voigt herzlich danken, dass er bereit war, mit dem Vertreter des äußersten rechtsradikalen Flügels dieser Partei in die direkte Auseinandersetzung zu gehen.

Liebe Freundinnen und Freunde, es ist die CDU, es ist unsere Partei, die im Osten die Kraft, die Entschlossenheit und die Bedeutung hat, sich diesen Typen entgegenzustellen. Es ist unsere Partei, die die Kraft, die Entschlossenheit und die Bedeutung hat, stabile Regierungen zu ermöglichen.

Die Landesverbände in Sachsen, in Thüringen und in Brandenburg sind gut aufgestellt für diese Aufgabe. Und das kann uns zuversichtlich machen für die Landtagswahlen.

Ich möchte noch einmal mit aller Ausdrücklichkeit sagen an alle Delegierten aus den Landesverbänden, an Mario Voigt, Michael Kretschmer, Jan Redmann: Ihr habt die volle Unterstützung der ganzen Partei in diesen nächsten Wochen und Monaten, in denen es jetzt wirklich darauf ankommt.

Und wenn wir uns auf dem nächsten Parteitag wiedersehen, dann möchte ich besonders herzlich begrüßen

- den wiedergewählten Ministerpräsidenten Michael Kretschmer in Sachsen;
- den neuen Ministerpräsidenten von Thüringen, Mario Voigt;
- und den neuen Ministerpräsidenten von Brandenburg, Jan Redmann.

VIII. Ein historischer Parteitag. „Wir sind jetzt verantwortlich für das, was in der Zukunft geschieht.“ (Popper)

Liebe Freundinnen und Freunde, Karl Popper hat einmal gesagt: „Unsere Einstellung der Zukunft gegenüber muss sein: Wir sind jetzt verantwortlich für das, was in der Zukunft geschieht.“

Weil wir verantwortlich sind, moralisch und politisch verantwortlich sind für diese Zukunft, müssen wir, so geht das Zitat weiter: „ohne ideologische Brille das Beste tun“.

Liebe Freundinnen und Freunde: Eine solche Haltung zur Zukunft, das ist die Haltung von selbstbewussten, freiheitlich denkenden Menschen. Und das ist die Haltung, die diese Partei immer ausgezeichnet hat und die uns durch diesen Erneuerungsprozess getragen hat. Es ging dabei nicht um Erneuerung um ihrer selbst willen. Sondern um Erneuerung für bessere Politik.

Im Gründungsauftrag unserer Partei heißt es am Ende: „Voll Gottvertrauen wollen wir unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen.“

Wir sind die Kinder und Enkel der Generation, die da spricht.

Wir leben heute in Freiheit, im Wohlstand, im Frieden.

Das zu bewahren, das weiterzugeben, vielleicht noch besser weiterzugeben: Das ist unsere Aufgabe. Das ist unsere Pflicht. Als Väter. Als Mütter. Als Demokratinnen und Demokraten. Als Europäerinnen und Europäer. Als Deutsche. Als Volkspartei und als die CDU Deutschlands.